brauchen auch noch Munition. Wir sind nicht feige genug, um ruhig mit zuzusehen, wie ein General mit seiner Prätorianergarde die Revolution niederschlägt. Um Remedur zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt.

Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht werden und schließlich soll der General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung soll über unsre Forderungen beraten. General Groener hat aber bereits erklärt, daß er sich selbstverständlich dem Kabinett fügen werde.

Darf nun in einer solchen Zeit das Produktionsleben stillgelegt werden? Ist jetzt die Frage, ob Lohn oder Akkordarbeit die Hauptsache? Das wäre eine Kurzsichtigkeit, die ihresgleichen sucht. Nach einem Jahr wird von Akkordarbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Arbeitsentlassungen dürfen erst dann erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf vier Stunden herabgesetzt ist. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rücksichtslos bis zum Äußersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir die wahre, vollständig aufgebaute deutsche sozialistische Republik erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Darauf begrüßte ein Vertreter der Kieler Abordnung die Versammlung im Namen der Kieler Revolutionäre und betonte gleichfalls, daß Einigkeit aller Arbeiter notwendig sei, um über die jetzigen Zustände hinwegzukommen.

Otto Tost überbringt die Grüße des 5Ger-Ausschusses der Marine. Er erklärte, daß der Zentralrat der Marine jede Regierung unterstützen werde, die gewillt ist, auf der Grundlage der sozialistischen Republik zu arbeiten. Das deutsche Volk werde erst dann Vertrauen haben, wenn der Vollzugsrat der Regierung sich aus den Vertretern der ganzen deutschen Arbeiterschaft, der Marine und der Armee zusammensetzt. Die Marine stellt sich der Reichsregierung und dem Vollzugsrate geschlossen zur Verfügung.

Das Mitglied des Journalistenrates, Dr. Michaelis, dankte dem Vollzugsausschuß für die Erklärung, daß Hand- und Kopfarbeiter gleichberechtigt zusammenarbeiten sollten. Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich auf den Stand der gewerkschaftlichen Organisation gestellt. Auch die Angestellten der Presse halten es für töricht, sich jetzt von der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Wir müssen ein besseres Arbeitsrecht haben. Nicht mehr die Geburt darf die Stellung im Staate bestimmen, sondern die Arbeit als solche. An dem Aufbau dieses neuen Rechtes wollen auch wir uns beteiligen. Andrerseits darf die Entwicklung nicht überstürzt werden. Nur wenn ein Unternehmer Obstruktion treibt, muß durchgegriffen werden.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird abgestimmt.

Der weitestgehende Antrag, daß den Gewerkschaften jede Vollmacht genommen werden soll, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Der Antrag, wonach der Gewerkschaftskommission eine Kommission aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten beigeordnet werden soll und daß Vorschläge für diese letztere Kommission von der Zehner-Kommission ausgehen sollen, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein Antrag, den streikenden Kollegen zu raten, die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen, ruft lebhafte Unruhe hervor. Der Vorsitzende des Vollzugsrats Müller und verschiedene andre Redner sprechen sich entschieden dagegen aus. Darüber müsse man die betreffenden Kollegen selbst entscheiden lassen. Der Antrag wird zurückgezogen.

•

Rede Kurt Eisners im Berliner Vollzugsrat.

Berlin, 26. November. In der gestrigen Sitzung des Vollzugsrates erschien Kurt Eisner und erbat einige Augenblicke verweilen und einiges sagen zu dürfen:

Nachdem Eisner eine kurze Darstellung der Münchner Revolution gegeben hatte, fuhr er fort: Wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir noch gestern hatten, dann brauchten wir nicht die Revolution. Die Revolution ist keine Demokratie. Sie will sie erst schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte müssen überall die Grundlage der neuen Entwicklung bilden. Die Nationalversammlung kann und darf erst dann einberufen werden, wenn die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sich so sehr entwickelt haben, daß alles von dem neuen Geiste erfüllt ist. Dann darf vielleicht an die Nationalversammlung gedacht werden. Die Arbeiterräte sind berufen, die Bezirks- und Lokalparlamente zu bilden. Wir hören jetzt sehr viel von den Bolschewiki. Ich bin keiner. Meine Ueberzeugung ist dagegen. Erstens liebe ich die Methode des Bolschewismus nicht. Ich glaube, an den Geist und die Macht der Ideen. Theoretisch trennt mich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Produktion in den Besitz der Gesamtheit übergeführt werden muß, darüber ist kein Zweifel. Ich halte es nicht für ganz richtig, daß die Ueberführung der Produktionsmittel in die Gesellschaft erfolgen müsse, indem die bürgerliche Gesellschaft die Gewalt verliert. Sollen wir die Produktion übernehmen, wo sie nahe an dem Abgrund steht? Im Moment hat das keinen Zweck, da unsre wirtschaftliche Kraft erschöpft ist. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bricht zusammen; solange dieser Zusammenbruch bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisierung vorzunehmen. Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Eisner führte dann einige Gründe für den Seperatismus an, unter andrem die Stellung Berlins während des Krieges als Ort in dem das Weltverbrechen organisiert worden ist, und die wirtschaftliche Zentralisation durch Deutschland entblößt wurde. Eisner forderte hierauf energischen Kampf gegen die Vertreter des alten Systems. Es geht nicht an, daß ein Mann wie Dr. David, der das Stockholmer Manifest verfaßt hat, der die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut verletzt hat, im Auswärtigen Amte sitzt. Es ist bei allen Beschlüssen der Gedanke zu vermeiden, als wenn von Berlin alles Licht und Heil käme. Haben wir eine rein dastehende Regierung und ordentliche Verhältnisse im Lande, dann, aber auch nur dann wäre ich bereit, nochmals zur Nationalversammlung aufzurufen.

Gegen die Verschärfung der Blockade.

Berlin, 27. Nov. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht:

1. Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmöglichste Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß baldigst alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert werden würden, und hat von vornherein und wiederholt um Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter seitens der Verbündeten und der Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitte an die zuständige Stelle weitergegeben worden sei. Am 20. November ist mitgeteilt worden, daß Admiral Beatty sich dem Admiral Meurer gegenüber als nicht zuständig für die Frage der Handelsschiffahrt erklärt und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten habe.

3. Es sind bisher weder die Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

4. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmere Hungerleiden erdulden müsse als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht habe, die geringe Zufuhr, die es während des Krieges noch hatte, entzogen und die Seefischerei unterbunden werde. Zu der Gefahr des Verhungerns mit all ihren Folgeerscheinungen tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung.

5. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle andren Punkte verhandelt werde. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhr und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder Willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit alle die Voraussetzungen für das harte Waffenstillstandsabkommen nicht mehr vorhanden sind. (W. T. B.)

Bayerischer Protest gegen das auswärtige Amt.

München, 27. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat nachstehendes Telegramm an den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin abgesandt: Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß noch immer kompromittierte Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann, entscheidenden Einfluß besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

München, 27. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Vom Ministerium des Aeußern wurde nachstehendes Telegramm gestern an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Uebermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden im Auswärtigen Amt fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlaßt das Ministerium des Aeußern des Volksstaats Bayern, jeden Verkehr mit dem gegenwärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner.

•

Der Vorwärts meint, daß Kurt Eisner mit seinem neuesten Schritt gegen die gegenwärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes der Reichsregierung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe und sagt: Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Mißtrauische glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichszertrümmerung einen baldigen Frieden erkaufen. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

•

Die Frage des Rücktritts Solfs.

Berlin, 28. November. Obwohl noch gestern abend die Nachricht verbreitet wurde, daß Staatssekretär Dr. Solf trotz seinem Konflikte mit Eisner im Amte bleiben werde, und zwar mit Rücksicht auf die internationalen Beziehungen, scheint es doch, daß in kürzester Zeit, vielleicht schon heute, der Rücktritt Dr. Solfs erfolgen wird. In diesem Falle beabsichtigt, wie die Voss. Ztg. hört, die gesamtepolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes ebenfalls zurückzutreten. Es scheint ferner nicht ausgeschlossen zu sein, daß die am Schluß der Reichskonferenz laut gewordenen Angriffe gegen andre Mitglieder der Reichsleitung sowie gegen die nachdrückliche Unterstützung dieser Angriffe durch den Münchner Arbeiter- und Soldatenrat eine Solidaritätserklärung auch einzelner sozialistischer Mitglieder mit dem Staatssekretär Solf zur Folge haben wird.

Ein Protest gegen den Berliner Vollzugsrat.

Berlin, 27. November. Die in Berlin versammelten Delegierten der großen Soldatenräte der 8. und 10. Armee der Etappe Bug, des Militärgouvernements Litauen sowie des 8. Reservekorps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 360 000 Kameraden, haben am 25. d. M. dem hiesigen Vollzugsrate folgende Entschließung vorgelegt:

Die einseitige Zusammensetzung des Berliner Vollzugsrats bietet uns Vertretern der Ostfront keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden. Wir fordern deshalb 1. unverzüglichen Zusammentritt des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. sofortige Zulassung der von den geschlossenen Armeegruppen der Ostfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und wichtigen Fragen. In der Nichterfüllung dieser Forderungen erblicken wir die schwerste Gefährdung der deutschen Reichseinheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die Ostarmee geschlossen hinter der jetzigen Regierung steht.

In Verfolg dieser Erklärung blieben hier Delegierte der Ostfront in Berlin zurück, um beim Auswärtigen Amt, Kriegsministerium und Vollzugsrat die Interessen der im Osten auf Heimkehr wartenden Kameraden zu vertreten.

Amerikanische Bedingungen auf der Friedenskonferenz.

Die Times erfährt aus Neuyork aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die amerikanische Kommission auf der Friedenskonferenz als eine der Bedingungen für die Freiheit zur See, das absolute Verbot der Unterseeboote als Waffe gegen den Handel zu gebrauchen, befürworten wird. Es verlautet, soll auch Präsident Wilson der Auffassung huldigen, daß die Unterseebootstaffel nicht gegen Handelsschiffe gebraucht wird.

Erleichterungen für Elsaß-Lothringen.

Berlin, 27. November. In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Auf Befehl des Marschall Foch verkehren die Züge in Elsaß-Lothringen entsprechend dem Vorschreiten der französischen Truppen bis zu den Linien der Vorposten. Sie dürfen weder in der einen noch in der andren Richtung überschritten werden. Ausgenommen sind Lebensmittel- und Materialtransporte. Die Regelung des Personenverkehrs erfolgt. Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsaß-Lothringen. Dies gilt besonders für Koks aus der Ruhrgegend für Diedenhofen, dessen Heranschaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist. Der Telegraphen- und Telephonverkehr in Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf berechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen zu erwarten sind.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Vorsitzender: Staatssekretär Erzberger.

Der Rücktransport der Westarmee.

Wie der Kölnischen Volkszeitung von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die letzten deutschen Truppen Donnerstag, 28. November Aachen verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum Augenblick des letzten Zuges die sämtlichen Wagen mit den nötigen Reserven in Bereitschaft, so daß zwischen dem Abmarsch der deutschen Truppen und dem Einzug der fremden Besatzung, die in unmittelbarem Anschluß daran zugesagt ist, eine Zwischenzeit nicht besteht. Unterdessen wälzt sich der ungeheure Strom zurückflutender Truppen durch die rheinischen Städte und Ortschaften überall musterhafte Ordnung wahrend.

Die 5. Armee unter General v. d. Marwitz in Stärke von ungefähr 500 000 Mann setzte bisher ihren Rückmarsch programmäßig in bester Ordnung bei geordneter Verpflegung fort. Am 1. November werden die Spitzen der Armee den Rhein zwischen Rüdesheim und St. Goar erreichen und den Fluß auf den Brücken bei Mainz, der Hindenburg-Brücke bei Geisenheim und einer Pontonbrücke bei St. Goar überschreiten. Der Weitermarsch wird dann über Frankfurt, Großgerau, Bieberich und Raßätten erfolgen. (W. T. B.)

Die Verbandstruppen räumen die Pfalz.

Ludwigshafen, 27. November. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Verbandstruppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, die sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anscheinend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission. (W. T. B.)

Frankfurt erhält keine französische Besatzung.

Frankfurt a. M., 27. November. Dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ist auf Anfrage bei der Reichsregierung folgende Antwort zugegangen: Berlin, den 27. November. Die hier verbreiteten Gerüchte, daß die Franzosen Frankfurt besetzen werden, entbehren jeder Begründung. Es schweben Verhandlungen darüber, daß Frankfurt mit sämtlichen Vororten der neutralen Zone einbezogen werde. Das Ergebnis der Verhandlungen wird mitgeteilt werden, sobald eine Antwort hier eingeht. gez. Erzberger. (W. T. B.)

Deutsches Reich.

Für die Nationalversammlung.

Görlitz, 27. November. Der neugewählte erweiterte Arbeiter- und Soldatenrat hielt Dienstag abend seine erste Vollsitzung ab. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Görlitz spricht sich ausdrücklich für die Einberufung einer Nationalversammlung aus. Sie müsse sofort einberufen werden. Zur Klärung wichtiger Fragen hält der Arbeiter- und Soldatenrat den baldigen Zusammentritt der Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte für notwendig.

London, 27. November. Das Reutersche Bureau erklärt, daß Solf erklärt habe, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung der Lokomotiven, Wagen usw. immer schwieriger gestalte, infolge des schlechten Zustandes des rollenden Materials. Es werde der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung bis zum 1. Februar verlängert werde.

Französische Posten auf dem rechten Rheinufer.

Kehl, 28. November. Die Franzosen haben gestern abend auf der badischen Rheinbrückenseite ohne Mitteilung von Grenzposten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht hier in dieser Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auch aus andern badischen Orten wird die Aufstellung französischer Posten auf dem rechten Rheinufer gemeldet.

Käte Duncker Beirat im preußischen Ministerium. Wie mitgeteilt wird, ist an Stelle des Volksschullehrers Kunert die Genossin Käte Duncker als fachpädagogischer Beirat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181128/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG